



INHALT

„Technisches Rathaus“ im EKZ Altona geplant	1
Internationale Schule	1
Buslinienführung 115 bleibt	2
Kein A 7 -Deckel in Stellingen	2
Unterflursystem für Abfall	3
Infotag zum BezVG	3
Neues Vereinsheim für Teutonia 05	4
Doktorarbeit zum Denkmalschutz	4
Stay Alive sucht neue Räume	5
Sicherheit für Schule Luruper Hauptstraße	5
Expressbus für den Osdorfer Born	6
Gelbblinker am Hohenzollerinring	6

Die Tagesordnung der Bezirksversammlung am 2.11. im Netz: <http://fhh.hamburg.de/stadt/Aktuell/bezirke/altona/bezirksversammlung/sitzungstermine/start.html>

## „Technisches Rathaus“ im EKZ Altona geplant

Die von Senat und Bürgerschaft beschlossene Verwaltungsreform wird weiter umgesetzt. In Altona sollen die Bauprüfer, die Tiefbauabteilung, die Gartenbauabteilung, der bezirkliche Ordnungsdienst und die Sondernutzungszentrale unter einem Dach vereinigt werden. Dieses „technische Rathaus“ bietet nicht nur verwaltungsintern kurze Wege, sondern hat auch für die Bürger unter dem Aspekt „Ein-Schalter-Prinzip“ viele Vorteile. Das Bezirksamt prüft derzeit mehrere bauliche Alternativen. Die Altonaer Bezirksversammlung wünscht parteiübergreifend eine Ansiedlung im Bereich des Einkaufszentrums Große Bergstraße. Eine Begehung

des „Forum“ (ehemaliges SAGA-Domizil) zeigte, dass dort erhebliche Umbauten erforderlich wären. Bis zum endgültigen Umzug müsste das Bezirksamt dann ein Provisorium schaffen. Innerhalb von drei Jahren würde das zwei Umzüge bedeuten. Auch die Bürger müssten sich dann mehrfach umstellen. Ohne größere Hürden könnte dagegen das bis vor kurzem vom Hamburger Jahr-Verlag genutzte Gebäude neben Max Bahr an der Jessenstraße bezogen werden. Es liegt vom Eigentümer bereits ein attraktives Mietpreisangebot vor. Diese Lösung wäre auch dauerhaft, ein erneuter Umzug würde entfallen. Es ließe sich sogar



*Das lange vom Jahr-Verlag genutzte Gebäude mit der markanten Granitfassade an der Jessenstraße steht derzeit leer und wird von Maklern angeboten*

ein zusätzlicher Sitzungsraum schaffen, der dann auch den zahlreichen Stadtteilgremien nützen würde. Das Bezirksamt wird nach dem Umzug das Dienstgebäude am Jenischpark (Hochrad), das Straßenbaurevier Baurstraße sowie die Arbeitsplätze im Rathaus aufgeben und am neuen Standort konzentrieren.

## Internationale Schule am Hemmingstedter Weg

Der Planungsausschuss hatte erneut zur Diskussion des Bebauungsplanes für die Internationale Schule geladen. Etwa 80 Bürger lieferten zahlreiche Anregungen zum Thema Verkehr. Ihre Hauptsorge ist, dass durch den Bringverkehr am Morgen und Abholen der Schüler am Nachmittag mit dem Auto weitere Engpässe entstehen. Auch die Verkehrsabwicklung im westlichen Teil des Hem-

mingstedter Weg erfordert eine Lösung. Die jetzt vorgestellten Pläne gehen zurück auf einen eingeschränkten Architektenwettbewerb. Dabei wurden auch Anregungen aus der ersten Plandiskussion vom Mai 2006 aufgegriffen. So wird die geplante Buskehre auf dem Schulgelände eingerichtet. Lediglich ein Anwohner sprach sich kategorisch gegen die Schule dort aus.



*Der Lageplan zeigt den Planungsstand. Die grüne Fläche wird Football-Feld, das braune Gebilde die eigentliche Schule. Das Schulgelände ist blau umrandet.*



*Altonaer Museum und Altonaer Theater hilft die heutige Verkehrsregelung. Eine attraktive Vorplatzgestaltung fehlt aber aufgrund knapper Kassen im Bezirksamt nach wie vor.*

## Busse der Linie 115 fahren weiter wie bisher - SPD sieht sich bestätigt

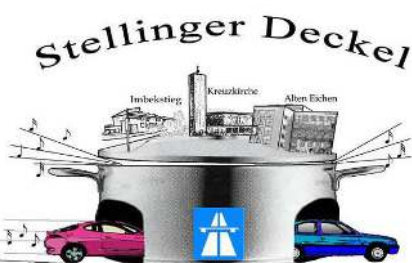
Im Juni 2006 haben GAL und CDU in der Bezirksversammlung Altona den Antrag verabschiedet, den Bus 115 Richtung Westen nicht mehr vom Busbahnhof Altona über die Max-Brauer-Allee fahren zu lassen, sondern über die Museumsstraße, weil dadurch Verspätungen des „115er“ verhindert würden. Die SPD-Fraktion hatte im Verkehrsausschuss verwundert gefragt, wo denn der Vorteil liegen sollte. Wenn der „115er“ in Ottensen Probleme hätte, dann in der Holländischen Reihe zwischen Großer Brunnenstraße und Fischers Allee durch dort parkende Fahrzeuge. Die Hauptverspätungen entstünden aber im Bereich Altona-Nord/Eimsbüttel. Grundsätzlich sei zu bedenken, dass der Bus dann durch eine schmale, aufgepflasterte Straße, direkt am Altonaer Theater und an der Berufsschule (Staatliche Gewerbeschule für Energietechnik G10),

fahre. Die Schüler am Tage und die Theaterbesucher abends hielten sich in den Pausen gerne im aufgepflasterten Straßenbereich auf und wechselten in den Park. Dies würde nicht gerade zum sicheren, flüssigen Busverkehr beitragen. Zusätzlich habe die Bezirksversammlung vor längerer Zeit einhellig beschlossen, dass der Platz vor dem Altonaer Theater, unter Einbeziehung des Straßenbereichs, umgestaltet werden soll. Dies ist leider immer noch nicht umgesetzt worden. Ein weiteres wichtiges Gegenargument für diese Busführung war, dass der Bus dann vom Busbahnhof direkt in die Museumsstraße einbiege und über die Lobuschstraße versetzt, weiter in den südlichen Teil der Museumsstraße fahren müsse. Dies sei nur mit einer sehr teuren Vollampel möglich. Weiterhin würden in der Museumsstraße Parkplätze wegfallen. Die SPD-Fraktion lehnte den Antrag ab.

Die Parkplätze könne man ja in der frei werdenden Bushaltestelle Max-Brauer-Allee einrichten, schlug die Antragskoalition vor. Für die Umsetzung der Maßnahme ist die Zustimmung und Finanzierung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt nötig. Diese antwortete: Einer Verlegung könne nicht zugestimmt werden, weil die Museumsstraße für dauerhaften Busverkehr nicht geeignet sei und völlig umgebaut werden müsse. Die Kreuzung Lobuschstraße/ Museumstraße müsste voll beampelt werden. Die Bushaltestelle in der Max-Brauer-Allee kann nicht aufgehoben werden, weil dort noch ein weiterer Bus hält. Die SPD-Fraktion ist zwar häufig mit den Entscheidungen der BSU nicht zufrieden, aber manchmal ist es ganz gut, wenn jemand unsinnige Geldausgaben verhindert.

**Reinhard Zaage**

Mitglied des Verkehrsausschusses für die SPD



*Seit Dezember 2005 gibt es die Initiative „Stellinger Deckel“. Im Sommer 2006 hat sie eine Eingabe an die Bürgerschaft gerichtet, die jetzt beantwortet wurde. Mehr Infos im Internet unter [www.stellinger-deckel.de](http://www.stellinger-deckel.de)*

## Behörde für Stadtentwicklung (BSU): Definitiv kein A 7- Deckel in Stellingen

Die Planungen für einen achtstreifigen Ausbau der Autobahn 7 zwischen Elbtunnel und Dreieck Nordwest kommen voran. Eine Entscheidung über den Autobahndeckel gibt es vom Senat immer noch nicht. Man übt sich im Hinhalten und Vertrösten. Eine klare Absage an einen Deckel im Bereich Stellingen erhielt jetzt allerdings die

dortige Bürgerinitiative. Die Petenten hatten sich im August an die Bürgerschaft gewandt und eine Überdeckung zwischen Anschlussstelle Stellingen und Güterumgehungsbahn Richtung Norden beantragt. Aus ihrer Sicht seien Lärmschutzwälle nicht ausreichend, um Lärm abzuhalten. Die BSU erklärte dazu jetzt, dass die konkrete Ent-

scheidung über Deckel oder Wälle dem Planfeststellungsverfahren vorbehalten bleibe. Für Stellingen sei aber bei einer Abwägung von Baukosten und Schutzwirkung schon jetzt klar, dass „der Bau von Lärmschutzwänden in diesem Fall die richtige Lösung darstellt.“ Der Bund habe zudem eine Deckellösung abgelehnt. Wir prüfen nach.

## Interessantes Modellprojekt: Unterflurabfallsystem für Altona

Stuttgart macht vor, wie man pfiffig mit Müll im Straßenraum umgeht. Als Ergänzung zum bekannten Sammelsystem läuft als Pilotprojekt das innovative „Unterflurssystem“. Die SPD-Fraktion möchte es auch in Altona probieren und boxte es gegen den Widerstand der schwarz-grünen Kooperation durch die parlamentarischen Gremien. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Verschmutzung unserer Stadtteile hat sich jetzt auch die Sicherheitskonferenz des Themas angenommen. In der Ottenser Hauptstraße zwischen Altonaer Bahn-

hof und Spritzenplatz sollen jetzt als Hamburger Pilotprojekt etwa zehn Standorte eingerichtet werden, um damit Erfahrungen zu sammeln.

Jeder der im Boden eingelassenen Unterflursammler hat ein Fassungsvermögen von 600 - 700 Litern. Die Einwurfoffnung ist eindeutig erkennbar und dennoch unauffällig. Der eigentliche Sammelbehälter ist von außen nicht sichtbar. Die Leerung erfolgt maschinell durch eine Kehmaschine mit einem Absaugschlauch. Durch die Größe der Behälter können die Gesamtzahl und die Leerungshäufigkeit

gesenkt werden. Die Beschaffungs- und Einbaukosten amortisieren sich nach zwei bis drei Jahren.

Für die SPD wird das Projekt in jedem Fall ein Erfolg werden, da es keine übergequollenen Müllbehälter mehr geben wird und die unterirdische Bauart Geruchsbelästigungen reduziert. Die SPD hofft auch, dass sich die Erfahrungen mit den Niederflurcontainern auf das oberirdische Sammelsystem des Dualen Systems übertragen lassen.

**Wolfgang Kaeser**  
Umweltpolitischer  
Sprecher



*Eine clevere Idee aus Stuttgart, um Abfall weitgehend unsichtbar zu machen*

## Neues Bezirksverwaltungsgesetz: Infotag der SGK Hamburg bietet Tipps

Nach Inkrafttreten des von der Bürgerschaft einstimmig verabschiedeten neuen Bezirksverwaltungsgesetzes (Drucksache 18/3418 vom 20.12.2005 und Gesetz vom 6.7.2006) und den Änderungen bei der Bauleitplanung (Drucksache 18/3679 vom 7.2.2006 und Gesetz vom 6.7.2006) arbeiten die Fraktionen in den Bezirken jetzt mit den neuen Bestimmungen. Dabei geht es darum, die im Gesetzestext und in Protokollerklärungen erreichten Verbesserungen für eine eigenständigere Kommunalpolitik gekonnt umzusetzen und den schon jetzt erkennbaren restriktiven Auslegungen in Ämtern und Behörden vorzubeugen.

Der neugewählte Vorstand der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) Hamburg e.V. hat daher beschlossen, auf einem Infotag die Neuerungen sachkundig zu erläutern, Spielräume aufzuzeigen, Geschäftsordnungsfragen zu behandeln und Raum für Fragen und Diskussionen für Bezirkspolitiker und solche, die es werden wollen, anzubieten. Der Infotag findet am 18. November in den Räumen der SPD Eimsbüttel statt. Als Referenten stehen neben Bezirksamtsleiter Markus Schreiber (Hamburg-Mitte) die drei Fraktionsvorsitzenden Thomas Adrian (Altona), Dr. Peter Tschentscher (HH-Nord)

und Thomas Ritzenhoff aus Wandsbek Rede und Antwort. Aus Sicht der Bürgerschaft wird SPD-Fachsprecher Jan Quast die wichtigen Hintergründe der Reform und die Protokollab-sprachen zwischen den Fraktionen erläutern.

Die SGK Hamburg wird zum Jahresende auch eine eigene Publikation herausgeben, in der „Fragen und Antworten“ zur Verwaltungsreform angeboten werden.

Die oben genannten Gesetze und Drucksachen sind im Internet aufrufbar unter [www.landesrecht.hamburg.de](http://www.landesrecht.hamburg.de). Sie finden Sie auch auf der Homepage der SPD-Fraktion Altona unter [www.spdfraktionaltona.de](http://www.spdfraktionaltona.de).



*Altonas ehemaliger Bezirksamtsleiter und Justizstaatsrat a.D. Hans-Peter Streng wurde im September für weitere zwei Jahre als SGK-Chef Hamburg bestätigt. Er wirkte im Beirat der Finanzbehörde an der Erarbeitung der Reform mit.*



*Bunt wie der Stadtteil  
Ottensen: Platz und  
Umkleideräume der  
Teutonen heute  
Mehr Infos unter  
www.fcteunia.de*

## SPD unterstützt Planungen für neues Vereinsheim von FC Teutonia 05

Im vergangenen Jahr feierte der Ottenser Traditionsverein FC Teutonia Ottemsen 1905 e.V. sein 100-jähriges Bestehen. In die Jahre gekommen sind leider auch die Umkleideräume am Sportplatz Tönsfeldtstraße, dem Domizil der Teutonen. Der Verein plant jetzt nicht nur die Übernahme des

bezirklichen Platzes in seine Obhut, sondern auch den Bau eines neuen Vereinsheimes. Das Gebäude soll zwei Geschosse bekommen und vor allem den für Sportler wichtigen Sanitärbereich modernisieren. Um die Jugendarbeit des Fußballvereines noch weiter zu verbessern, soll

auch dafür mehr Platz geschaffen werden.

Die SPD-Fraktion ist der Meinung, dass der Verein eine wichtige Funktion im Stadtteil wahrnimmt und unterstützt die Pläne. Ende November könnte die Bezirksversammlung entscheiden, ob sie den Bau bezuschusst.



*Kulturexpertin Dr. Birte  
Pusback ist stellvertretende  
Fraktionsvorsitzende der  
SPD Altona*

## SPD-Abgeordnete veröffentlicht Doktorarbeit zum Denkmalschutz

Die kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Altona, Birte Pusback, hat es geschafft: Frisch promoviert ist ihre Dissertation im Böhlau-Verlag erschienen und kommt dieser Tage in den Buchhandel. Sie trägt den Titel „Stadt als Heimat. Die Danziger Denkmalpflege zwischen 1933 und 1939“ und beschäftigt sich mit dem so genannten Phänomen der Altstadt-wiederherstellungen der NS-Zeit. „Das Thema hat mich einfach fasziniert, sowohl unter denkmalpflegerischen als auch poli-

tischen Gesichtspunkten“, sagt die Abgeordnete. Denn Danzig stand damals unter einem besonderen politischen Fokus. Es sollte „entschandelt“, von Reklame und gründerzeitlichem Architekturschmuck „bereinigt“ und „bodenständig“ wiederhergestellt werden, um als Vorzeigeobjekt deutscher Baukultur präsentiert werden zu können. Hinweise auf die polnische Geschichte dieser Stadt wurden rigoros entfernt.

Von den damaligen Maßnahmen ist heute kaum noch etwas im Stadtbild zu

sehen. Der Krieg legte Danzig in Schutt und Asche. Zu besichtigen ist vielmehr, was die polnische Denkmalpflege beim Wiederaufbau rekonstruierte. „Man muss also viele Akten studieren, um ein Bild davon zu bekommen, wie die Stadt in den 20-er und 30-er Jahren ausgesehen hat“, sagt Birte Pusback. „Die Recherchen vor Ort waren aber für mich das Spannendste an meiner Arbeit. Dafür habe ich auch versucht, Polnisch zu lernen.“

## Aufgeschnappt

„Der einstimmige Beschluss des SPD-Landesvorstands (in Berlin die rot-rote Koalition fortzusetzen, d. Red.) zeigt jedoch, dass es bei der heutigen SPD keinen natürlichen Drang oder gar Zwang zu Rot-Grün gibt. Nach gut zwanzig Jahren rot-grüner Erfahrung ist der Zauber des Modernisierungsprojekts verfliegen; Rot-Grün reiht sich heute

ganz nüchtern in die politische Farbenlehre ein.“ Mark Rackles, Mitglied im Landesvorstand der Berli-

ner SPD sowie in der Verhandlungskommission Sprecher der SPD-Linken. (Tagesspiegel 1.10.2006)



## IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Thomas Adrian, SPD-Fraktion Altona, Max-Brauer-Allee 20, 22765 Hamburg, Geschäftsstelle: Max-Brauer-Allee 20, 22765 Hamburg, Tel. 040/3 89 5 32, Fax 040/38 61 56 43, Email: info@spdfraktionaltona.de www.spdfraktionaltona.de; Redaktionelle Bearbeitung, Layout, Fotos: Stefan Krappa

## „Stay Alive“ sucht neue Räume

Die Drogenberatungsstelle „Stay Alive“ des Trägervereins Jugendhilfe e.V. gibt ihren bisherigen Standort an der Davidstraße 30 (St. Pauli) auf. Die Räume dort sind mittlerweile nicht nur zu klein, sondern auch zu teuer geworden. Nach zwei Jahren erfolgloser Suche in Hamburg-Mitte plant der Träger jetzt einen Umzug nach Altona. Das Gebäude an der Mörkenstraße 12 - direkt neben dem Polizeikommissariat - erscheint dem Verein und der Behörde für Soziales geeignet. Das Stay Alive wird täglich von 50 Personen aufge-

sucht. Der überwiegende Teil der Klientel hat seinen Lebensmittelpunkt auf St. Pauli (45 %) und in Altona (35 %). Die Eigentümerin des Gebäudes an der Mörkenstraße hat dem Träger ein attraktives Mietpreisangebot unterbreitet. Nach einem Ortstermin, an dem auch Vertreter der Altonaer Fraktionen teilgenommen haben, muss jetzt die Bezirksversammlung ein Signal geben, ob sie dem Umzug nach Altona-Altstadt zustimmt. Am 7. November haben der Gesundheits- und Umweltausschuss und der Ausschuss für Soziales

und Senioren gemeinsam getagt und die Vor- und Nachteile diskutiert. Eine Entscheidung haben sie der Bezirksversammlung überlassen. Aus SPD-Sicht müssen vorher auch die möglichen Auswirkungen der Drogenberatung auf den Stadtteil bedacht werden. Dazu gehört auch, Schulen und Vereine in der Nähe eng einzubinden und sie nicht vor vollendete Tatsachen zu stellen. Die SPD wird auch mögliche Kompensationen prüfen. So könnte die Obdachlosen-einrichtung „Alimaus“ - heute neben der Endo-Kli-



*Das Gebäude an der Ecke Eschelsweg/ Mörkenstraße steht leer und wird derzeit von Maklern zur Vermietung angeboten.*

nik - im Tausch nach Hamburg-Mitte verlagert werden. Sie sollte seinerzeit ohnehin im Bezirk Mitte angesiedelt werden, da ihr Klientel überwiegend von dort stammt.

## Unfallzahlen nicht mehr hinnehmbar: SPD fordert mehr Sicherheit vor der Schule Luruper Hauptstraße

17 Unfälle seit 2004, Telefonieren am Steuer, Fahren bei Rot und das alles bei 30.000 Autos am Tag direkt vor einer Schule. Die SPD sorgt sich um die Sicherheit der Schüler der Grund-, Haupt- und Realschule Luruper Hauptstraße und hat eine Anfrage an die Behörde für Inneres gestellt. Die Polizei teilte jetzt in der Antwort mit, dass seit Anfang 2004 insgesamt 17 Unfälle, davon sechs mit Personenschäden (acht Verunglückte) vor der Schule passiert sind. Die Antworten stellen die SPD nicht zufrieden. Offenbar hat die Polizei nicht alle Daten geliefert. Sie sagt zum Beispiel nicht, wie viele Autos tatsächlich bei Rot gefahren sind, sondern

spricht nur von einer Reihe von „Rotlichtverstößen“. Jetzt hilft nur noch eine dauerhafte Überwachung durch einen „Rotlichtblitzer“, meinen die Verkehrsexperten der SPD-Fraktion. 35.000 Euro dürfen keine Rolle spielen, wenn es um Schulwegsicherheit an einer Hauptverkehrsader geht. Zu schreiben, so ein Gerät könne nur dann aufgebaut werden, wenn es schon entsprechende Unfälle gegeben hat, geht gegen die Interessen von Kindern und Eltern. Erste Konsequenzen der SPD-Anfrage bei der Polizei sind aber bereits sichtbar: Vier Verkehrskontrollen sind seit Einreichen der Anfrage durchge-

führt worden.

Die SPD geht das aber noch nicht weit genug. Wenn der Eckhoffplatz umgebaut und damit auch die Kreuzung verändert wird, muss die Unfallprävention eine große Rolle spielen. Die Schule muss in die Planun-

gen einbezogen werden, denn: Sicherheit geht vor. Die komplette Anfrage sowie die Antworten der Behörde für Inneres ist erhältlich im Internet unter [www.spdfraktionaltona.de](http://www.spdfraktionaltona.de) in der Rubrik Anträge/Anfragen.





*Wunsch vieler tausend  
Borner Bürger:  
Eine eigene S-Bahn-  
Haltestelle vor der Haustür*

*(Fotomontage: Adrian)*

## Kein Expressbus vom Osdorfer Born in die Stadt - was haben Lübeck und Osdorf gemeinsam?

Auf den ersten Blick gibt es nicht viele Gemeinsamkeiten zwischen Lübeck und dem Osdorfer Born. Lübeck hat etwa 215.000 Einwohner und liegt 65 Kilometer von der Hamburger City entfernt. Der Osdorfer Born mit 13.000 Einwohnern dagegen nur ca. 14 Kilometer.

Wer aber glaubt, dadurch schneller ohne Umsteigen in die Hamburger City zu kommen, sieht sich getäuscht; 46 Minuten braucht der Schnellbus vom Osdorfer Born in die Stadt, 47 Minuten der Regional-Express aus Lübeck.

Abhilfe scheint im Moment nicht in Sicht. Die ursprünglich geplante U- oder S-Bahn nach Osdorf wird vermutlich nur auf Fotomontagen fahren, weshalb die „Borner Runde“ als Stadtteilgremium intensiv und fundiert nach Alternativen gesucht hat. Ein „Express-Bus“ wurde als Alternative vorgeschlagen, was auch die Unterstützung aller Fraktionen der Bezirksversammlung fand.

Ergebnis: vorerst Null. Die zuständige Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt hat jetzt auf zwei Seiten DIN A 4 alle Vorschläge zunichte gemacht. Circa 500.000 Euro würde ein Expressbus kosten, zuviel für den Haushalt der Stadt (wie war das doch gleich mit den fehlenden 40 Mio. für die Elbphilharmonie...).

Außerdem – so die Behörde – sei die schnellste Verbindung (mit 33 bis 38 Minuten im Optimalfall also doch schneller als Lübeck) über die S-Bahnhöfe Elbgaustraße oder Klein Flottbek vorhanden. Eins sagt die Behörde dabei aber nicht: allein die Hälfte der Fahrzeit braucht man, um mit dem Bus vom Osdorfer Born zu diesen Bahnhöfen zu kommen.

Hier könnte also ein Ansatzpunkt liegen. Langjährige Bewohner der Osdorfer Born erinnern sich daran, dass es so etwas vor gut 20 Jahren schon mal gab. „Eilbus 84“ hieß dieses Gefährt und fuhr ohne Halt komfortabel und schnell zur S-Bahn Hochkamp. Warum wird also nicht dieser Bus wieder eingeführt, vielleicht auch mit einer Anbindung nach Flottbek oder zur Elbgaustraße?

Mehrkosten könnte man vermeiden, wenn im Gegenzug die Metrobuslinie 21 leicht ausgedünnt würde. Zumindest einen Praxisversuch während des nächsten Sommerfahrplans sollte man starten.

Wir bleiben am Ball!

Thomas Adrian  
Fraktionsvorsitzender  
(und dauergenervter ÖPNV-Nutzer aus Lurup/Osdorf in die Hamburger City)

## Gelbblinker für Kreuzung Hohenzollernring Ecke Friedensallee kommt

Der Elternrat der Max-Brauer-Schule hatte gefordert, ein gelbes Blinklicht aufzustellen, um Linksabbieger, die vom Hohenzollernring in die Friedensallee abbiegen wollen, auf querende Schulkinder hinzuweisen. Nach Beratungen des Verkehrsausschusses und Beschluss durch die Bezirksversammlung kam im Juni

zunächst eine Mitteilungsdrucksache der Behörde für Inneres. Sie habe an die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) die Anweisung gegeben, an der genannten Kreuzung - die wichtiger Schulweg zu mehreren Schulen ist - einen Gelbblinker aufzubauen. Auf Nachfrage der SPD wurde jetzt klar, dass die

bauausführende Dienststelle für Lichtsignalanlagen nur die BSU (Amt B) ist - die Tiefbauabteilung des Bezirksamtes ist damit gar nicht befasst. Auf dem kleinen Dienstweg kam jetzt die Rückmeldung aus der BSU: Die Arbeiten seien beauftragt und sollen im Dezember, spätestens Januar, ausgeführt werden.